

KOMMENTAR



Katja Rietze
zum Wohngebiet Kastel

@ krietze@vrm.de

Langwierig

Ein neues Wohngebiet in Kastel würde viele Probleme lösen: Auf der elf Hektar großen Fläche könnten die in Wiesbaden dringend benötigten Wohnungen für junge Familien entstehen, die unansehnliche Mauer entlang der Boelckestraße würde verschwinden, Kastel könnte zusammenwachsen und bekäme als Stadtteil nicht nur städtebaulich einen Schub. Aber was als überzeugendes Zwei-Phasen-Modell vorgestellt wird, wird sich vermutlich nicht ganz so schnell umsetzen lassen, wie gedacht: Erstmal muss sich die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit der US-Armee einig werden, dann muss der Umzug organisiert werden, und dann muss die Stadt das Geld lockermachen, das für den Umzug und den Kauf der Grundstücke nötig ist – und das ist nicht wenig. Was als zeitnah definiert ist, wird sicher noch ein paar Jahre dauern. Wer also jetzt eine Wohnung oder ein Einfamilienhaus sucht, wird nicht auf das Wohngebiet in Kastel warten können. Ein erstes, wichtiges Signal setzen die neuen Pläne aber allemal.

PUNKTUM

Umschulung

(kr). Irgendwas ist anders. Aber was? Sie sieht verändert aus. Woran liegt's? Ah, die Brille ist weg. Aber warum? „Ich schule um auf Kontaktlinsenträgerin.“ Ach so.

KORREKT

(kr). Die Ausbildungsmesse in den Rhein-Main-Hallen wird nicht nur von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Wiesbaden veranstaltet, sondern gemeinsam von IHK, Handwerkskammer Wiesbaden, Kreishandwerkerschaft Wiesbaden-Rheingau-Taunus und Agentur für Arbeit Wiesbaden. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

LESERBRIEFE

► NTB

Ein Schlag ins Gesicht

Der Unmut über den Umgang einiger Politiker mit der Nassauischen Touristikbahn (NTB) wird in diesem Schreiben deutlich:

„Als langjähriges Mitglied der Nassauischen Touristikbahn (NTB), nämlich über 25 Jahre, empfinde ich das Ansinnen mancher Politiker, dem Verein die Handlungsvollmacht einzuschränken oder gar zu entziehen, als glatten Schlag ins Gesicht derjenigen Ehrenamtlichen, die doch immer so von der Politik in den Himmel gehoben werden. „Das Ehrenamt ist das höchste Gut“ und ähnliche Sätze sind zu hören. Noch mal: Tatsache ist doch, dass die NTB mit ihren ehrenamtlichen Mitgliedern über 20 Jahre die Strecke mit viel Engagement erhalten und befahren hat und durch Fremdverschulden Dritter (unfähigen Lkw-Fahrern) davon abgehalten worden ist. Noch dazu hat der Verein seine finanziellen Reserven aufgebaut, um trotz fehlender Einnahmen zu überleben.“

Ingo Schwemmer, Wiesbaden

► OB-Wahl

Unerträgliche Arroganz

Die Äußerungen des Wiesbadener CDU-Vorsitzenden Horst Klee über den neu gewählten Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) missfallen diesem Leser:

„Wenn der Wiesbadener CDU-Chef Horst Klee sagt, Herr Gerich sei ‚der teuerste Auszubildende in der Stadt‘, so ist das ungehörig und schlechter politischer Stil. Der Wahlkampf ist vorüber und Herr Gerich ist der demokratisch neu gewählte Oberbürgermeister unserer Stadt und hat Anspruch auf Respekt, unabhängig von der eigenen parteipolitischen Überzeugung.

Herr Klee ist ein schlechter Verlierer und versucht, von eigenem Versagen in einer oberflächlichen und unprofessionell angelegten Wahlkampagne der CDU abzulenken. Ich erinnere mich auch nicht, dass sich Herr Klee seinerzeit bei der Berufung von Frau Kristina Köhler (heute Schröder) zur Bundesfamilienministerin, die ja aus seinem Parteibeizirk kam, ähnlich geäußert hätte. Sie kam schließlich vom Hörsaal an die Spitze des Familienministeriums. Aus Klees Äußerung spricht schon wieder diese unerträgliche Arroganz und die vermessene Überheblichkeit, wie wir sie von den beteiligten Politikern beim Berliner Flughafen oder bei Stuttgart 21 kennen und die die Wähler neue Gesichter den etablierten vorziehen lässt.“

Manfred Dinges, Wiesbaden

► Stadtbahn

Sehr gute Busanbindung

Zum Thema Stadtbahn erreichte uns folgender Leserbrief:

„Wir, die wir grundsätzlich nur mit dem Bus in die Stadt fahren, begrüßen den Entschluss von unserem Oberbürgermeister, sich gegen den Bau einer überfülligen Stadtbahn auszusprechen. Wir haben eine sehr gute Busanbindung, die durch die Stadtbahn so nicht möglich wäre und uns auch besonders treffen würde, da die Linie 17 dann wegfallen würde. Diese immense Summe (und dabei würde es nicht bleiben!) für ein ‚Prestige-Objekt‘ sollte besser in die Sanierung und Renovierung von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden gesteckt werden. Auch könnten dafür Elektrobusse angeschafft werden, das wäre doch sicher auch im Sinne von Frau Hininger!“

Gisela und Gerhard Geiß, Klarenthal

Hoffen auf den Irrtum

GREGOR B. Die Eltern wurden bis heute nicht von den polnischen Behörden über den Tod ihres Sohnes informiert

Von
Christian Struck

WIESBADEN. Stanislaw B. bricht in Tränen aus. Erst im Telefongespräch mit dieser Zeitung – vier Wochen zu spät – erfährt sie vom Tod ihres Sohnes. Schockiert bricht sie das erste Telefonat ab. Fast einen Monat, nachdem der obdachlose Gregor B. tot in einer Mülltonne in der Bertramstraße gefunden wurde (wir berichteten), haben es die polnischen Behörden nicht geschafft, die Eltern zu informieren, dass ihr Sohn nicht mehr lebt.

Herzversagen, so lautete die Erklärung der Polizei zur Todesursache des 41-Jährigen. Was die Geschichte um Gregor B. besonders tragisch macht: Im Gegensatz zu seinen Wegbegleitern in Wiesbaden wussten seine Eltern von Herzproblemen, die Gregor B. in der Nacht zum 31. Januar wohl zum tödlichen Verhängnis wurden. „Immer wieder habe ich ihn bekümmert, nach Hause zu kommen und sich behandeln zu lassen“, bringt die Mutter später bei einem weiteren Telefonat hervor.

Überrascht war die Wiesbadener Polizei, als der Kurier wegen eines doch eigentlich „geklärten Falles“ noch mal nachfragte. Das Polnische Konsulat hatte der Zeitung nur kryptisch mitgeteilt, dass die Versuche, Angehörige zu finden, „nicht zielführend“ seien. Die Suchroutine nach den Angehörigen scheint anderen



In der Bertramstraße wurde Gregor B. tot in einem Müllcontainer gefunden – keine hundert Meter vom Polizeirevier entfernt. Foto: Christian Struck

Vorgängen zum Opfer gefallen zu sein.

Nach zahlreichen ergebnislosen Versuchen, über offizielle Stellen mehr über „den Mann ohne Geschichte“ zu erfahren, bringt Georg K. – der Freund aus dem polnischen Heimatort,

der auch in Wiesbaden lebt – Bewegung in die Recherche. Er hilft, die Telefonnummer der Eltern in Polen herauszufinden.

Nur vereinzelt habe sich Gregor bei ihr gemeldet, erzählt seine Mutter daraufhin. Auch von seiner Obdachlosigkeit erfährt sie erst durch das Telefonat – und von seinem tragischen Ende im Müllcontainer. „Er hat immer gesagt, dass er Arbeit hat. Und dass er sein Leben im Griff hat.“

Bange Stunden am Telefon

Nach dem ersten Schock der Todesmeldung drängen sich für Gregors Eltern nun neue Fragen auf: Warum wurden sie nicht über den Tod ihres Sohnes informiert? Wo liegt Gregor jetzt? Was geschieht nun mit ihm? Zwischen diese Fragen mischt sich Ungläubigkeit: Ist Gregor wirklich tot? Vielleicht könnte ein anderer seinen Pass gestohlen haben? Bange Stunden, in denen die Eltern in der Nähe des Telefons verharren.

Ruft etwa das Konsulat an, gibt ihnen die Gewissheit, dass ihr Sohn tatsächlich tot ist? Oder Gregor meldet sich – sagt, dass es sich um einen schlimmen Irrtum handelt. Tatsächlich hatte es zunächst eine Verwechslung gegeben. Das Konsulat hatte fälschlicherweise eine andere

polnische Familie über den Tod ihres Sohnes informiert. Schnell stellte sich aber heraus, dass dieser Sohn quicklebendig ist.

Gregors Urne steht inzwischen bei einem Wiesbadener Bestatter. Mitarbeiter des Standesamtes warten auf die Eltern, um die Sterbeurkunde des Sohnes zu übergeben. Solange die Eltern aber keine offizielle Bestätigung über den Tod ihres Sohnes haben, wollen sie nicht nach Wiesbaden kommen. Sie wollen nicht die Asche eines Fremden zu Grabe tragen. Mutter Stanislaw schickt dem Kurier ein Foto. Zum Vergleich. Matthias Röhrig – der Leiter der Wiesbadener Teestube, in der Gregor oft zu Gast war – lässt allerdings keinen Zweifel: „Er ist es.“

Vor drei Jahren hatte Mutter Stanislaw noch Gregors Bruder überreden. Gregor sei dann auch in den Wagen seines Bruders gestiegen. Dann habe er es sich wohl anders überlegt. Ob aus Scham darüber, dass bei seiner Heimkehr nach Polen die Lüge über seine Existenz in Deutschland aufliege, bleibt Spekulation. Mitten während der Fahrt jedenfalls springt Gregor B. plötzlich aus dem Wagen seines Bruders. „Wenn ihr noch einmal versucht, mich zu finden, gehe ich irgend-

wo anders hin“, habe er seiner Mutter danach gesagt. Im Nachhinein lässt sich rekonstruieren: Gregor B. geht zurück nach Wiesbaden. Einem Ort, an dem er sich offenbar sicher fühlt. Zurück zu seinen Freunden aus der Obdachlosen-Szene. Zurück zum Alkohol. Vielleicht versucht Gregor B. dadurch, sein persönliches Scheitern zu verdrängen, die Schmach, seinen Eltern die Wahrheit über sein Leben in Deutschland verheimlicht zu haben. Gedanken, die er mit seinen Wegbegleitern in Wiesbaden jedenfalls nicht teilt. „Er hat viel gelacht, aber wir sind nie richtig ins Gespräch gekommen“, erzählt Matthias Röhrig. „Soviel aber weiß er: „Er war schwerer Alkoholiker.“ Zudem hat Röhrig auch den Eindruck gehabt, dass Gregor B. depressiv gewesen ist.

Ein letztes Versprechen

Am 1. Januar dieses Jahres klingelt bei Stanislaw B. das Telefon. Es ist ihr Geburtstag. Gregor meldet sich am anderen Ende der Leitung. Er verspricht seiner Mutter, dass er kurz vor Ostern nach Hause kommen und sich wegen seiner Herzprobleme behandeln lassen will. Es sollte das letzte Telefonat bleiben, das Stanislaw mit ihrem Sohn Gregor geführt hat.



Gregors Eltern haben ein Foto geschickt – sie hoffen, dass es sich bei dem Verstorbenen um eine Verwechslung handelt. Foto: privat

Gemeinsam für strenges Nachtflugverbot

OB-STICHWAHL Mainzer Rathauschef Michael Ebling erhofft sich Schulterchluss mit Hessen und Ruhe am Himmel von 22 bis 6 Uhr

MAINZ/WIESBADEN. Der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling gehört der SPD an, in Wiesbaden hat der Sozialdemokrat Sven Gerich gerade die OB-Stichwahl gewonnen. Ob die gleiche Parteizugehörigkeit auch eine engere Zusammenarbeit bedeutet, wollten wir von Ebling wissen.

INTERVIEW

Herr Ebling, war Sven Gerichs Wahlsieg auch für Sie eine Sensation?

Es war eine positive Überraschung, die am Ende dann doch nicht ganz unerwartet kam, denn Sven Gerich hat richtig tapfer gekämpft.

Die SPD kann derzeit offenkundig Großstadt, die CDU nicht. Was machen die Genossen besser?

Wir sind moderner, nehmen die Sorgen und Meinungen der Menschen, gerade in den Ballungsräumen, besser auf – und wir betrachten die Vielfalt der

Lebensstile und den unterschiedlichen nationalen und kulturellen Hintergrund der Menschen als Chance für eine Stadt.

Welche Chancen gibt es, die Zusammenarbeit mit Wiesbaden zu intensivieren?

Über konkrete Möglichkeiten werden wir uns in den kommenden Wochen austauschen. Auf jeden Fall sehe ich eine gute Ausgangsbasis. Aber natürlich müssen die Landesregierungen bei vielen Themen mit ins Boot: beim Kampf gegen den Fluglärm, in der Kultur, bei den Schulen und Hochschulen und an anderen Stellen.

Auch in Frankfurt regiert ein Genosse. Was muss sich im Rhein-Main-Gebiet aus SPD-Sicht tun?

Die hessische Landesregierung muss akzeptieren, dass der Ballungsraum Rhein-Main die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz einschließt. Und Herausforderungen wie der Schaffung von preiswertem

Wohnraum oder der Sanierung der kommunalen Finanzen müssen wir uns stärker als bisher auch gemeinsam stellen.

Lässt sich auch beim Thema Fluglärm stärker der Schulterchluss der Rhein-Main-Städte üben?

St. Florian ist kein Lehrmeister für die Region. Ich stehe für einen gemeinsamen Kampf, wie wir ihn ja seit vielen Jahren in der ZRM (Zukunft Rhein-Main, Anm. d. Red.) über die Landesgrenze hinweg führen. Ein erster wichtiger Schritt wäre für mich ein klares gemeinsames Bekenntnis der wichtigsten Städte im Rhein-Main-Raum für ein konsequentes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Wirtschaftlich gibt es mit Wiesbaden eine Verzahnung über die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW). Der scheidende OB Müller (CDU) hat höhere Ausschüttungen gefordert, um etwas für Wohnungsbau und gegen



Der Mainzer Rathauschef Michael Ebling (SPD).

Foto: hbz/Stefan F. Sämmer

städtische Verschuldung zu tun. Wie werden Sie und Herr Gerich handeln?

Zunächst hat die KMW von beiden Landeshauptstädten den Auftrag, bis zum Sommer ein solides Konzept zur Strategie des Unternehmens aufzustellen. Die Frist läuft. Dann sehen wir weiter.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Sie und Sven Gerich stehen für einen Generationen- und Persönlichkeitswechsel. Sie sind beide um die 40, gelten als kommunikativ – und sind bekennd schwul. Ist letzteres nur Zufall oder ein Zeichen dafür, dass die Menschen inzwischen viel fortschrittlicher sind als manche fürchten, die selbst Angst vor einem Outing haben?

Die Ballungsräume werden auch deshalb interessanter, weil die Unterschiedlichkeit der Lebensstile anziehend wirkt. Das schließt die Repräsentanten natürlich ein. Ich gehe aber davon aus, dass niemand Politiker und Politikerinnen ausschließlich aufgrund einer sexuellen Ausrichtung wählt. Und den von Ihnen konstatierten Generations- und Persönlichkeitswechsel empfinde auch ich als fortschrittlich.

Das Interview führte
Monika Nellesen.